

Löhne in Ostdeutschland — Anpassung an das westdeutsche Niveau erst auf lange Sicht möglich	357
Deutsche Sprachfähigkeit und Umgangssprache von Zuwanderern	365

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 24/2001

Berlin

14. Juni 2001

68. Jahrgang

Löhne in Ostdeutschland — Anpassung an das westdeutsche Niveau erst auf lange Sicht möglich

Mehr als zehn Jahre nach Beginn der Deutschen Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion liegt das Lohnniveau in den neuen Bundesländern noch deutlich hinter dem im früheren Bundesgebiet zurück. Nach den anfangs rasanten und — gemessen an der Produktivität — überzogenen Lohnsteigerungen stagniert seit Mitte der neunziger Jahre der Prozess der Lohnanpassung insgesamt nahezu. Gegenwärtig erhalten die ostdeutschen Arbeitnehmer Effektivlöhne, die um ein Viertel unter denen der Beschäftigten in Westdeutschland liegen. Der Rückstand ist vor allem darauf zurückzuführen, dass sich die tatsächliche Lohnentwicklung im privaten Sektor mehr und mehr von den Flächentarifverträgen gelöst hat, da Unternehmen zunehmend nicht mehr an diese Verträge gebunden sind.

Bei der Anpassung an das Niveau in den alten Bundesländern zeigen sich erhebliche sektorale Unterschiede. Am weitesten vorangeschritten ist dieser Prozess bei den Finanzdienstleistungen sowie im öffentlichen Dienst, bei staatlichen und bei teilstaatlichen Unternehmen. Dagegen bleibt die Lohnangleichung in der Bauwirtschaft und insbesondere im verarbeitenden Gewerbe zurück.

Zu schnelle Lohnanpassung nach der Wende

Eng verbunden mit der Forderung der DDR-Bevölkerung nach der Deutschen Einheit war die Vorstellung, dass sich durch die Vereinigung der Lebensstandard rasch dem in der Bundesrepublik annähert. Diese Erwartung wurde seitens der Politik noch geschürt. So überraschte es nicht, dass schon im Frühjahr 1990 kräftige Lohnsteigerungen gefordert wurden. Sie sind von der DDR-Regierung — damals die entscheidende Institution für die Lohnbildung — auch gewährt worden, obwohl schon seinerzeit die wirtschaftliche Leistung einbrach. Nach Angaben des Statistischen Amtes der DDR reichten die Lohnzuwächse von 4 % bei der Staatlichen Verwaltung (Vergleich: 2. Quartal 1990 gegenüber 1. Quartal 1990) bis hin zu 19 % bei der Wohnungswirtschaft und beim Geld- und Kreditwesen. In der Industrie waren es

11 %, in den meisten anderen Wirtschaftszweigen ebenfalls mehr als 10 %.

Danach nahmen die neu formierten Gewerkschaften und die Arbeitgeber die Lohnfindung in die Hand. Dies entsprach zwar den institutionellen Regelungen in den alten Bundesländern, aber die Lohnverhandlungen orientierten sich — anders als in Westdeutschland — nicht an den gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwächsen. Ziel war vielmehr die rasche Anpassung der Löhne an das westdeutsche Niveau. Dies entsprach den allgemeinen Erwartungen. So ergab eine Umfrage von November 1990, dass zwei Drittel der Erwachsenen in den neuen Bundesländern der Meinung waren, dass sich die Löhne und Gehälter nach den in Westdeutschland gezahlten Arbeitsentgelten richten sollten. Nur ein Viertel vertrat die Auffassung, dass die Ertragslage der Unternehmen maß-

geblich für die Lohnhöhe sein sollte.¹ Auch den Arbeitgebervertretern kamen hohe Lohnabschlüsse gelegen. Die Arbeitgeberbank war zum einen mit Vertretern von Verbänden aus den alten Bundesländern besetzt, deren Mitgliedsfirmen kein Interesse daran hatten, dass ihnen ostdeutsche Betriebe mit niedrigen Löhnen Konkurrenz machten. Zum anderen nahmen auf der Arbeitgeberseite Leiter ehemals volkseigener Betriebe an den Lohnverhandlungen teil, die um ihre Legitimation gegenüber ihren Belegschaften bangten. Zudem war — indirekt — die Bundesregierung in die Lohnfindung einbezogen. Weil sie als Eigentümer der Treuhandbetriebe, anderer staatlicher Unternehmen (z. B. Bahn und Post) und staatlicher Einrichtungen den größten Teil der Kosten tragen musste, sind die Lohnsteigerungen anfangs mit ihr abgestimmt worden. Wohl nicht zuletzt wegen der zuvor von der Politik geschürten Erwartungen und der Furcht vor massiver Abwanderung hat sie den Verhandlungsergebnissen zugestimmt.

Bei dieser Interessenkonstellation trat ein typisches Moral-Hazard-Phänomen zutage: Die Folgen mangelnder Wettbewerbsfähigkeit und hoher Arbeitslosigkeit wurden anderen, in diesem Falle der Allgemeinheit, aufgebürdet.²

Als zusätzliches Argument für rasche Lohnzuwächse wurden hohe Preissteigerungen ins Feld geführt. Tatsächlich haben die Preise für die Lebenshaltung im Jahre 1991 stark angezogen, nachdem sie im Jahre 1990 noch gesunken waren. Die Teuerungsrate war bei weitem nicht so groß wie der Lohnzuwachs. So kam im Juli 1991 ein Vollzeitbeschäftigter in der Industrie auf einen Bruttoarbeitslohn von rund 2 000 DM, im zweiten Quartal 1990 betrug der Bruttolohn noch 1 200 Mark der DDR. Die Preise für die Lebenshaltung lagen im zweiten Quartal 1991 um ein Fünftel über denen im entsprechenden Quartal des vorhergehenden Jahres; bei den Bruttolöhnen waren es zwei Drittel mehr. Im Jahre 1992 waren die Lebenshaltungskosten um knapp 14 % höher als im Jahr zuvor — die Bruttolohn- und -gehaltssumme je Arbeitnehmer lag indes um 30 % über dem Vorjahresniveau. Dies entsprach 62 % des westdeutschen Lohnniveaus. Die ostdeutschen Arbeitnehmer haben also schon kurz nach der Transformation eine enorme Steigerung ihrer Realeinkommen verbuchen können.

Hoher Grad der Anpassung bei Flächentarifverträgen, ...

Nach den geltenden Tarifverträgen für einzelne Branchen und für große Unternehmen, für die auch in den alten Bundesländern spezielle Tarifverträge abgeschlossen werden, ist die Lohnanpassung weit vorangeschritten. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass die Reichweite dieser Verträge im Laufe der neunziger Jahre deutlich abgenommen hat. Ein großer Teil der Flächentarifverträge sieht bei den

Monatszahlungen sowie bei den Stundenlöhnen eine vollständige Anpassung an das westdeutsche Niveau vor. Das gilt etwa für die Eisen- und Stahlindustrie, die Mineralölverarbeitung, die Druckindustrie, die Metall- und Elektroindustrie in Sachsen, die Süßwarenindustrie, den Einzelhandel (ohne Mecklenburg-Vorpommern), die Papierverarbeitung in Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen, das private Bank- sowie das private Versicherungsgewerbe und die Deutsche Telekom AG.³ In einigen dieser Tarifbereiche wurden bereits zu Beginn des wirtschaftlichen Umbaus in Rahmentarifverträgen große Schritte bei der Lohnanpassung festgelegt, wonach einige Jahre später dieselben Grundvergütungen wie in Westdeutschland gezahlt werden sollten.⁴

Weit an das westdeutsche Tariflohniveau herangeschoben haben sich neben dem Bauhauptgewerbe (Anpassungsgrad: 89,2 %), das teilstaatliche Unternehmen Deutsche Post AG, die 97 % der Grundvergütung in Westdeutschland zahlt, die staatliche Deutsche Bahn AG (Konzern), bei der es 89 % sind, sowie der öffentliche Dienst (88,5 %). Das Land Berlin zahlt seinen im Osten der Stadt Beschäftigten schon seit Mitte der neunziger Jahre 100 % der Westvergütung.

Unter jenen Industriebranchen, für die Flächentarifverträge abgeschlossen worden sind, liegen beim Anpassungsgrad die chemische Industrie (84,7 %) und die Textilindustrie (Löhne: 83,9 %; Gehälter: 72,1 %) am unteren Ende. Für die Beschäftigten der Energie- und Versorgungswirtschaft wurden Entgelte in Höhe von 83 % der in Westdeutschland gezahlten Grundvergütungen ausgehandelt. Noch weiter zurück bleibt die Lohnanpassung in den Wirtschaftszweigen, bei denen der gewerkschaftliche Einfluss generell schwach ist. Dazu gehören das Hotel- und Gaststättengewerbe (75,3 % in Sachsen), die Landwirtschaft (72,3 % in Mecklenburg-Vorpommern) und insbesondere Teile des Handwerks, wie das Fleischerhandwerk (knapp 68 % in Sachsen) oder das Friseurhandwerk (knapp 64 % in Sachsen).

Die tarifvertraglichen Vereinbarungen über Wochenarbeitszeiten, Urlaubstage, Jahressonderzahlungen und

¹ Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann und Renate Köcher (Hrsg.): *Altenbacher Jahrbuch der Demoskopie 1984–1992*. München, New York, London, Paris, 1993, S. 876.

² Vgl. Wolfgang Scheremet: *Tarifpolitik in Ostdeutschland: Aufstieg aus dem Lohnverhandlungsmodell der Bundesrepublik Deutschland*. In: *Beihefte der Konjunkturpolitik*, Nr. 43, 1995, S. 142 ff.

³ Alle Angaben sind dem WSI-Tarifarchiv entnommen. Vgl. <http://www.boeckler.de/wsi/tarchiv>

⁴ Solche Vereinbarungen gab es etwa in der Metall- und Elektroindustrie. Weil allerdings ein großer Teil der Mitgliedsfirmen die schnellen Lohnsteigerungen wirtschaftlich nicht tragen konnte, musste der Arbeitgeberverband mit den Gewerkschaften das Tempo der Lohnanpassung nachverhandeln.

vermögenswirksame Leistungen sind nur in wenigen Tarifbereichen voll an die in den alten Bundesländern geltenden Regelungen angepasst.⁵ Insbesondere bei den zu leistenden Wochenstunden gibt es zum Teil noch erhebliche Unterschiede zwischen Ost und West; besonders groß sind sie im verarbeitenden Gewerbe.

... Effektivlöhne deutlich niedriger

Die geltenden Tarifverträge spiegeln allerdings für große Teile der ostdeutschen Wirtschaft nicht den tatsächlichen Stand der Lohnanpassung wider. Die Effektivlöhne bleiben weit hinter denen in Westdeutschland zurück. So erhielten im vergangenen Jahr die ostdeutschen Arbeitnehmer im Schnitt einen Bruttolohn von 39 600 DM — das waren 76,7 % der auf einen Arbeitnehmer in den alten Bundesländern entfallenen Lohn- und Gehaltssumme (Abbildung 1). Am weitesten ist die Lohnanpassung im Wirtschaftsbereich „Öffentliche und private Dienstleistungen“ (92 %) vorangeschritten — ein Sektor, bei dem der größte Teil der Beschäftigten zum Tarifgebiet des öffentlichen Dienstes zählt. Nahe an die in den alten Ländern gezahlten Arbeitsentgelte herangekommen sind auch die Löhne im Bergbau sowie bei den Finanzdienstleistungen. Den größten Abstand weisen Teile des Handwerks sowie das verarbeitende Gewerbe auf; je Arbeitnehmer belief sich hier die Bruttolohn- und -gehaltssumme im vergangenen Jahr auf etwas mehr als zwei Drittel des in den alten Bundesländern gezahlten Lohnes.

Für einen Lohnvergleich reichen freilich die pro Kopf gezahlten Arbeitsentgelte nicht aus. Einbezogen werden müssen auch die geleisteten Arbeitszeiten und die von den Beschäftigten ausgeübten Tätigkeiten. In Ostdeutschland leisten die Arbeitnehmer deutlich mehr Arbeitsstunden als die in den alten Bundesländern. Eine Auswertung des Sozio-oekonomischen Panels ergab, dass 1999 die Arbeitnehmer in Westdeutschland (Arbeitsortkonzept) im Durchschnitt auf 36,6 geleistete Wochenarbeitsstunden⁶ kamen, bei den Arbeitnehmern in den neuen Bundesländern waren es mit 40,9 Stunden reichlich 11 % mehr. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass der Anteil der Teilzeit- und geringfügig Beschäftigten an allen Arbeitnehmern in den neuen Bundesländern mit insgesamt 14 % viel geringer ist als in Westdeutschland (21 %) und dass diese Gruppe in Ostdeutschland im Schnitt auf eine Wochenarbeitszeit von reichlich 28 Stunden kommt, in Westdeutschland sind es dagegen nur 19 Stunden. Für die vollzeitbeschäftigten

⁵ Dazu gehören das private Banken- und Versicherungsgewerbe sowie die Energie- und Versorgungswirtschaft.

⁶ Gefragt wurde in den Erhebungen nach der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit einschließlich geleisteter Überstunden.

Abbildung 1

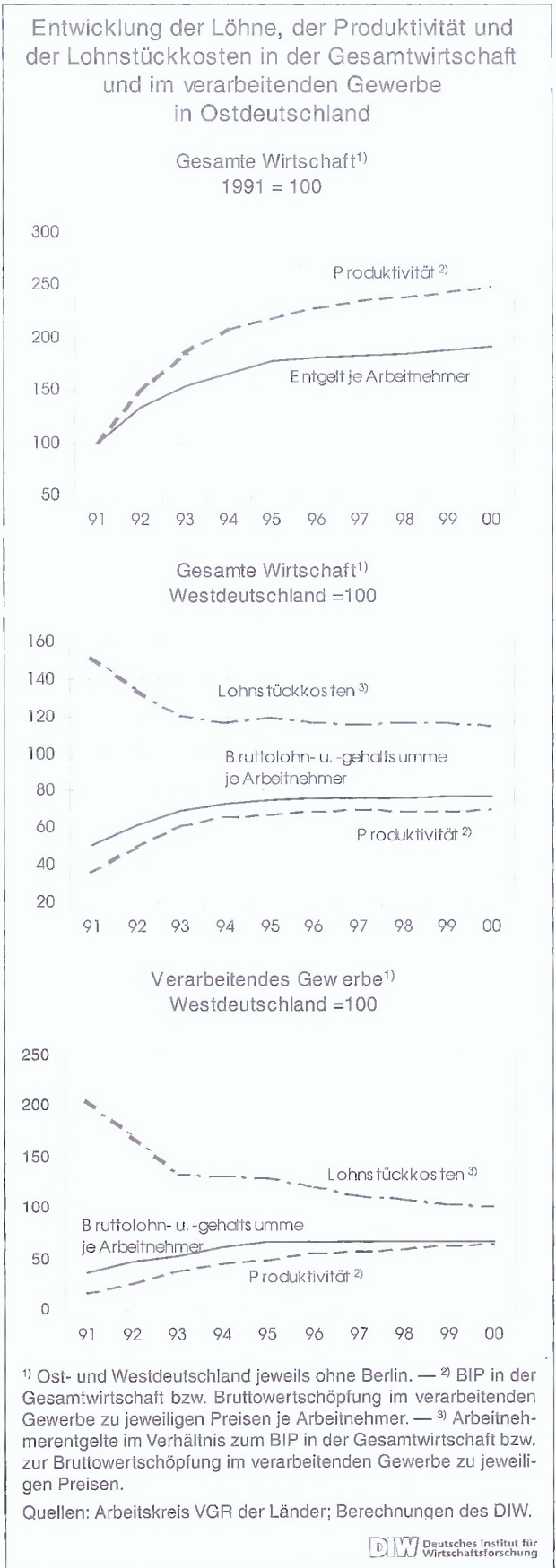


Tabelle 1

Grad der Lohnanpassung Ostdeutschlands an Westdeutschland bei den vollzeitbeschäftigten Angestellten

Stand: Oktober 2000

	Alle Angestellten		Leistungsgruppe II ¹⁾		Leistungsgruppe III ²⁾		Leistungsgruppe IV ³⁾		Leistungsgruppe V ⁴⁾	
	kaufm.	techn.	kaufm.	techn.	kaufm.	techn.	kaufm.	techn.	kaufm.	techn.
Bruttomonatsverdienste; Westdeutschland = 100										
Bergbau, Steine und Erden	86,7	79,2	97,5	78,2	83,8	85,2	77,6	76,5	67,7	74,2
Verarbeitendes Gewerbe	73,8	73,4	74,5	74,5	77,2	76,4	80,5	76,9	83,5	86,1
Ernährungsgewerbe, Tabak	70,1	74,4	68,9	69,9	74,2	76,0	77,6	83,7	90,0	84,8
Textilgewerbe	64,7	65,1	68,1	62,0	75,2	68,8	74,3	68,8	74,9	65,5
Bekleidungsgewerbe	63,7	54,0	49,1	43,4	63,4	60,0	75,6	58,6	.	.
Ledergewerbe	64,2	66,3	55,6	68,4	71,2	63,4	73,5	60,6	96,2	.
Holzgewerbe	72,9	80,7	70,9	77,8	74,8	80,2	76,7	71,4	77,5	87,9
Papiergewerbe	72,1	77,9	71,1	76,0	74,0	78,4	83,0	74,1	71,1	97,2
Druckgewerbe, Vervielfältigung	82,5	82,9	82,0	87,3	87,3	84,4	81,7	74,4	90,2	99,5
Chemische Industrie	76,2	73,1	78,9	72,2	73,6	77,4	75,2	74,4	80,7	84,0
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	72,7	68,9	66,2	71,1	74,3	73,6	80,2	72,1	81,1	64,0
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen u. Erden	74,5	75,5	71,6	72,8	75,4	76,4	86,4	74,8	85,2	71,5
Metallerzeugung und -bearbeitung	79,1	78,4	80,6	80,1	83,2	77,7	88,5	82,7	73,4	61,4
Herstellung von Metallerzeugnissen	71,7	73,4	70,5	71,2	73,6	76,8	83,3	82,5	71,3	75,2
Maschinenbau	77,9	74,7	77,9	76,2	81,5	77,3	83,3	76,3	84,2	73,2
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	78,6	76,4	78,9	78,7	81,4	78,9	85,5	81,8	91,3	95,8
Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. a.	77,8	79,0	76,9	82,9	83,9	80,0	89,4	85,1	102,7	119,9
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	78,1	75,7	81,2	80,5	84,6	82,9	87,5	85,1	89,1	.
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	82,0	73,5	79,9	72,2	76,2	73,7	80,2	72,8	79,4	.
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	69,3	72,8	74,5	75,7	78,5	76,6	83,8	83,4	76,0	78,2
Sonstiger Fahrzeugbau	78,8	80,9	86,5	83,9	79,3	84,0	86,5	92,1	104,0	94,7
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Spielwaren u. a.	66,9	66,2	63,9	65,5	68,4	66,3	72,9	65,3	76,1	74,7
Handel	77,3	70,7	69,8	68,5	75,6	72,3	82,3	80,4	85,6	84,1
Kraftfahrzeughandel, Reparatur von Kfz	74,3	70,2	69,0	69,9	72,1	71,0	80,0	77,0	79,4	94,7
Handelsvermittlung, Großhandel	73,5	67,3	73,1	66,5	73,2	70,6	81,2	78,4	82,6	67,0
Einzelhandel	83,2	74,6	71,3	70,5	82,2	79,9	82,9	68,4	84,4	.
Kredit- und Versicherungsgewerbe	78,2	70,5	90,1	86,8	87,9	90,3	89,2	88,4	92,1	89,0
Kreditgewerbe	78,0	76,8	90,1	90,3	87,3	94,7	90,2	88,6	92,0	87,9
Versicherungsgewerbe	86,3	.	93,0	.	95,8	.	97,5	.	104,1	.

¹⁾ Angestellte mit besonderen Erfahrungen und selbständigen Leistungen in verantwortlicher Tätigkeit. — ²⁾ Angestellte mit mehrjähriger Berufstätigkeit oder besonderen Fähigkeiten, die selbständig arbeiten, aber keine Verantwortung für andere tragen. — ³⁾ Angestellte in einfacher Tätigkeit, die im Allgemeinen eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzt. — ⁴⁾ Angestellte in einfacher Tätigkeit, die keine Berufsausbildung voraussetzt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

tigten Arbeitnehmer in Ostdeutschland ist die Wochenarbeitszeit mit 43,2 Stunden lediglich um 4 % höher als die in den alten Bundesländern (41,6 Stunden). Der Lohnabstand zwischen Ost und West fällt je Arbeitsstunde also noch größer aus als je Beschäftigten gerechnet; die Ostdeutschen kommen — grob geschätzt — auf knapp 70 % des Stundenlohniveaus in Westdeutschland.

Auch die Tätigkeiten der Arbeitnehmer müssen in einen Lohnvergleich einbezogen werden. Nach den — allerdings nur für wenige Wirtschaftszweige vorliegenden — Daten der Erhebung über die Entlohnung der Vollzeitbeschäftigten zeigt sich das überraschende Ergebnis, dass bei denjenigen Arbeitskräften, die einfache Tätigkeiten ausüben, die Anpassung an das westdeutsche Lohnniveau generell weiter vorangekommen ist als bei den Arbeitskräften mit höherwertigen Tätigkeiten. Das zeigt sich besonders deutlich bei den Angestellten (Tabelle 1). In einigen Wirtschaftszweigen kommen die Gehälter der Angestellten, die nur einfache Tätigkeiten ausüben, sehr nahe an das westdeutsche Niveau heran, in einigen Bran-

chen liegen sie sogar darüber. Über die Entlohnung der Arbeiter liegen entsprechende Informationen nur für das produzierende Gewerbe vor, und hier ergibt sich ein ähnliches Bild (Tabelle 2). Bedeutende Ausnahmen sind der Bergbau sowie die Druckereien und die Metallerzeugung; hier liegen die Entgelte der Fachkräfte näher am westdeutschen Lohnniveau als die der angelernten Arbeiter. Insgesamt sind bei den Arbeitern die Unterschiede zwischen den einzelnen Leistungsgruppen hinsichtlich des Grades der Lohnanpassung kleiner als bei den Angestellten.

Über die Gründe dafür, dass in den neuen Bundesländern die Lohnspreizung geringer ist als im Westen, lässt sich angesichts der unsicheren Datenlage nur spekulieren. Dies kann allenfalls dadurch erklärt werden, dass reichlich Fachkräfte auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt vorhanden sind.

Bei der Auswertung der Verdienststatistik zeigt sich als ein weiterer erstaunlicher Befund, dass in einigen Branchen der Grad der Anpassung an das westdeutsche Ge-

Tabelle 2

Grad der Lohnanpassung Ostdeutschlands an Westdeutschland bei den Arbeitern
Stand: Oktober 2000

	Alle Arbeiter	Leistungsgruppe 1 ¹⁾	Leistungsgruppe 2 ²⁾	Leistungsgruppe 3 ³⁾
Bruttostundenverdienste; Westdeutschland = 100				
Bergbau, Steine und Erden	79,3	81,9	78,9	73,9
Verarbeitendes Gewerbe	68,1	68,3	67,6	70,6
Ernährungsgewerbe, Tabak	73,3	74,2	70,3	76,0
Textilgewerbe	60,6	57,3	61,7	63,0
Bekleidungsgewerbe	58,2	54,3	58,3	59,4
Ledergewerbe	67,1	63,9	65,6	75,3
Holzgewerbe	70,9	69,2	73,4	74,5
Papiergewerbe	68,7	73,1	66,8	67,7
Druckgewerbe, Vervielfältigung	78,2	83,4	79,2	69,2
Chemische Industrie	70,1	69,4	67,4	73,4
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	69,2	68,9	67,9	73,3
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	74,0	71,6	73,5	76,9
Metallerzeugung und -bearbeitung	73,7	80,9	76,2	61,3
Herstellung von Metallerzeugnissen	71,4	69,7	71,2	68,7
Maschinenbau	70,3	71,1	68,8	68,3
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	73,9	73,5	73,5	75,2
Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. a.	72,1	73,0	71,1	73,9
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	77,2	75,8	76,1	82,6
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	74,5	72,1	74,7	71,8
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	64,9	66,8	63,3	67,7
Sonstiger Fahrzeugbau	76,4	77,0	76,2	77,5
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Spielwaren u. a.	65,9	64,7	65,3	70,1
Energie- und Wasserversorgung	78,4	79,6	79,0	82,2
Hoch- und Tiefbau	71,9	71,4	72,8	76,9

1) Arbeiter mit besonders schwierigen, verantwortungsvollen oder vielgestaltigen Tätigkeiten (etwa Facharbeiter, Meister im Stundenlohn). —
2) Arbeiter mit Tätigkeiten, die eine längere Anlernzeit, aber keine allgemeine Berufsbefähigung voraussetzen. — 3) Arbeiter mit Hilfsarbeitertätigkeiten.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

haltsniveau bei allen einzelnen Leistungsgruppen der Angestellten höher ist als bei der Gesamtheit der Angestellten. Das kann nur darauf zurückzuführen sein, dass die Beschäftigungsstruktur in den neuen Bundesländern von der in Westdeutschland stark abweicht — und zwar in der Weise, dass einfache Tätigkeiten weitaus stärker vertreten sind und dispositive Tätigkeiten in Ostdeutschland eine vergleichsweise geringe Bedeutung haben. Das ist bei den Kreditinstituten sowie beim Versicherungsgewerbe der Fall, und in der Industrie zählen dazu der Straßenfahrzeugbau, der sonstige Fahrzeugbau, die Nachrichtentechnik sowie die Herstellung von EDV-Geräten und -Komponenten. All das sind Branchen, in denen Betriebe von Muttergesellschaften mit Hauptsitz in den alten Bundesländern oder im Ausland eine große Rolle spielen. Den ostdeutschen Betrieben sind zu einem großen Teil nur ausführende, nachgelagerte Funktionen zugefallen; die Headquarter-Funktionen der Unternehmen werden größtenteils im Westen ausgeübt.⁷ Der Lohnrückstand Ostdeutschlands ist also zum Teil auch auf einen Rückstand bei den gemeinhin als „höherwertig“ bezeichneten und gut bezahlten Arbeitsplätzen zurückzuführen.

Unterschiedliche Entwicklung in einzelnen Sektoren

Die große Differenz zwischen tatsächlicher und tarifvertraglicher Entlohnung rührt daher, dass sich die Unternehmen immer mehr von den Flächentarifverträgen abkoppelten, um ihre wirtschaftliche Existenz zu sichern. Vor allem war das beim verarbeitenden Gewerbe der Fall, und hier insbesondere bei der Industrie. Nur in der ersten Phase handelte es sich dabei um eine Bewegung, in die die Arbeitgeberverbände und die Gewerkschaften als die Institutionen für die Lohnfindung einbezogen waren,⁸ später wurde es mehr und mehr eine Bewegung ohne sie.

Umfragen des DIW in der ostdeutschen Industrie zeigen,⁹ dass immer weniger Unternehmen einer Tarifbindung unterliegen. Im Winter 1993/94 waren drei Viertel aller Industriebeschäftigten in Unternehmen beschäftigt, die einem tariffähigen Arbeitgeberverband angehörten, nach der letzten Erhebung von Sommer 2000 war es nur noch ein Viertel aller Beschäftigten (Tabelle 3). Der Anteil bei den Unternehmen war noch geringer: Nur noch ein Sechstel aller Unternehmen in der Industrie gehörte einem tariffähigen Unternehmensverband an; im Winter 1993/94 war es noch ein Drittel. Dabei handelte es sich um größere Unternehmen. Die Erosion bei der Verbandsmitgliedschaft kam zum einen dadurch zustande, dass Mitgliedsfirmen ihren Verbänden den Rücken kehrten, und zum anderen — und größeren Teil — dadurch, dass junge Unternehmen den Verbänden in der Regel gar nicht erst beitraten.

Daher zahlt auch nur ein geringer Teil der Unternehmen (15 %) Löhne auf der Grundlage eines verbindlichen Flä-

chentarifvertrages (Abbildung 2). Weitere 4 % haben mit der Gewerkschaft Sonderregelungen im Rahmen bestehender Tarifverträge oder eines Haustarifvertrages ausgehandelt. Der Rest (mehr als 80 %) hat mit Gewerkschaften oder Arbeitgeberverbänden keine Vereinbarungen zur Entlohnung der Beschäftigten getroffen. Eine erhebliche Zahl davon hat allerdings mit ihrem Betriebsrat oder ihrer Belegschaft einen Haustarifvertrag geschlossen.

⁷ Dieser Befund bestätigt Ergebnisse auf der Basis älterer Datenquellen. Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Institut für Weltwirtschaft, Institut für Wirtschaftsforschung Halle: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland: Kurzexpertise. In: Institut für Wirtschaftsforschung Halle (Hrsg.): Zehn Jahre Deutsche Einheit. Bilanz und Perspektiven. Tagungsband. Sonderheft des IWH, Nr. 2, 2001, S. 14 ff.

⁸ So bei der Auseinandersetzung von 1993 um die Revision des Stufentarifvertrages in der Metallindustrie. Die Mitgliedsfirmen von Gesamtmetall hatten damals ihren Verband dazu gedrängt, den zwei Jahre zuvor geschlossenen Tarifvertrag zu kündigen. Daraufhin kam es dann zum Streik.

⁹ An den Umfragen haben jeweils 3 000 bis 4 000 Unternehmen teilgenommen.

Abbildung 2

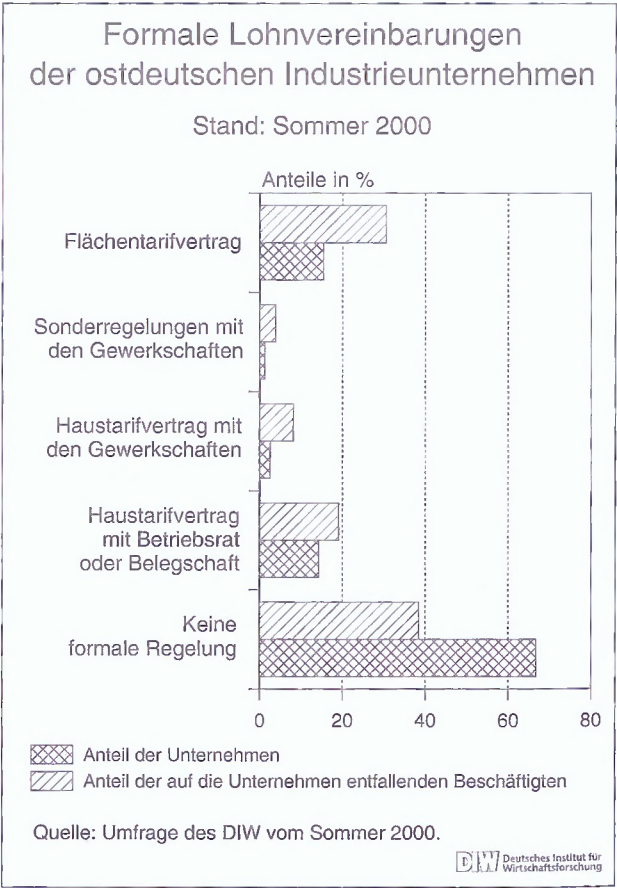


Tabelle 3

**Ostdeutsche Industrieunternehmen nach ihrer Mitgliedschaft in einem tariffähigen Arbeitgeberverband
im Sommer 2000**

	Anteile in %					
	Von den Unternehmen sind in einem Arbeitgeberverband ...			Von den Beschäftigten entfallen auf Unternehmen, die in einem Arbeitgeberverband ...		
	Mitglied ...		kein Mitglied	Mitglied sind ...		kein Mitglied sind
	und wollen es bleiben	und denken an einen Austritt		und es bleiben wollen	und an einen Austritt denken	
Eigentumsstatus						
Eigenständige Unternehmen	7	3	90	12	5	83
Unternehmen im Besitz westdeutscher oder ausländischer Unternehmen	28	4	68	47	5	48
Entstehung						
Privatisierte Treuhandunternehmen	19	7	74	40	7	53
Reprivatisierte Treuhandunternehmen	13	4	83	23	4	73
Unternehmen, die vor 1990 in privater Hand waren	20	9	71	25	9	66
Unternehmen, die nach 1989 gegründet wurden	7	2	91	16	3	81
Alle Unternehmen	12	4	84	29	5	66
Nachrichtlich:						
Alle Unternehmen						
Anfang 1998	15	6	79	36	9	55
Winter 1993/94	26	10	64	62	12	24

Quellen: Umfragen des DIW im Sommer 2000 sowie im Winter 1993/94 und Anfang 1998.

Die Hälfte der Unternehmen, in denen es keine formelle Entlohnungsvereinbarung gibt, oder die einen Haustarifvertrag mit ihrer Belegschaft oder ihrem Betriebsrat abgeschlossen haben, orientiert sich am allgemeinen Tariflohniveau. Die andere Hälfte zahlt unter Tarif. Die meisten Unternehmen, die an einen Flächentarifvertrag gebunden sind, halten ihn auch ein: 89 % zahlen die vertraglich vereinbarten Arbeitsentgelte, und 8 % entlohnen ihre Beschäftigten über Tarif.

Anders verlief dagegen die Entwicklung in der Bauwirtschaft. In diesem Wirtschaftszweig wurde zu Beginn der Transformation zwar eine rasche, aber längst nicht so schnelle Anpassung an die westdeutschen Löhne, wie in großen Teilen der Industrie vereinbart. Der Anstieg der Löhne in der ersten Hälfte der neunziger Jahre bereitete den Bauunternehmen kaum Probleme, denn die Produktivität stieg rasch, und wegen der enormen Nachfrage nach Bauleistungen waren auf dem Markt Preise zu erzielen, die kräftige Lohnsteigerungen möglich machten. Mit dem Ausklingen des Baubooms hat sich aber das Bild in den letzten vier Jahren grundlegend gewandelt. Durch die enormen Überkapazitäten ist ein starker Druck auf die Löhne entstanden, und eine Entlohnung unter Tarif breitet sich immer mehr aus. Selbst die Zahlung von Löhnen, die geringer sind als die gesetzlichen Mindestlöhne,¹⁰ ist —

nach Auskunft von den Verbänden, den Gewerkschaften und von Behörden — inzwischen keine Seltenheit.

Im öffentlichen Dienst sowie bei großen staatlichen und teilstaatlichen Unternehmen, die über eine Monopolstellung verfügen und die zum Teil — wie die Bahn — hohe staatliche Zuschüsse erhalten, werden Tariflöhne gezahlt. Die Lohnanpassung ist hier am weitesten fortgeschritten. Lediglich bei den Finanzdienstleistern ist sie ebenso weit vorgekommen; offensichtlich können sich die Banken und Versicherungen in Ostdeutschland (zumeist handelt es sich dabei um Betriebe westdeutscher Gesellschaften) die Zahlung vergleichsweise hoher Löhne erlauben.

Nahe an den Tariflöhnen bewegen sich auch die effektiven Arbeitsentgelte in großen Teilen des Handwerks. Allerdings hängt die tarifliche Lohnanpassung noch weit zurück; die Beschäftigten bekommen nur zwei Drittel dessen, was ein vergleichbarer Arbeitnehmer in den alten Bundesländern erhält (Tabelle 4).

¹⁰ Mindestlöhne wurden eingeführt, um Wettbewerbsverzerrungen durch ausländische Arbeitskräfte, die sich der Sozialversicherungspflicht entzogen, einzudämmen.

Tabelle 4

**Bruttostundenverdienste männlicher Gesellen
in ausgewählten Zweigen
des ostdeutschen Handwerks im Mai 2000**

	In DM	Westdeutsch- land =100
Klempner, Gas- und Wasserinstallateure	17,44	68,9
Maler und Lackierer	17,38	69,4
Zentralheizungs- und Leitungsbauer	17,21	69,3
Kraftfahrzeugmechaniker	16,89	69,1
Metallbauer	16,75	67,9
Elektroinstallateure	16,41	67,8
Tischler	16,40	66,7
Fleischer	14,31	63,6
Bäcker	14,02	61,9
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.		

Fazit

Der Transformationsprozess in Ostdeutschland unterscheidet sich in vieler Hinsicht von der wirtschaftlichen Umstrukturierung in anderen ehemals sozialistischen Staaten. Auch bei der Lohnpolitik wurde ein Sonderweg beschritten. Im Vordergrund stand die Anpassung der Löhne an das Westniveau. Noch zu DDR-Zeiten und zu Beginn des wirtschaftlichen Umbaus wurden Lohnsteigerungen vereinbart, die die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen drastisch beeinträchtigt haben.

Die zwangsläufige Folge davon war, dass im Laufe der neunziger Jahre die Tarifverträge in großen Teilen der ostdeutschen Wirtschaft immer mehr an Bedeutung verloren

haben — und zwar durch massenhafte Tarifflicht. Für die Verbände und die Gewerkschaften hat sich die Lohnpolitik, die beide Seiten zu Beginn der neunziger Jahre noch als einen Erfolg werteten, als ein Pyrrhussieg erwiesen.

Der öffentliche Dienst (und auch zum Teil die staatlichen Unternehmen) unterliegt dagegen nicht dem Wettbewerb, und deshalb kann die Produktivitätsentwicklung hier nicht das Kriterium bei der Lohnfindung sein. Angemessen wäre es, stattdessen die gesamtwirtschaftliche Leistungsfähigkeit Ostdeutschlands als Orientierungsgröße zu verwenden. Das ist aber bei den bisherigen Tarifverhandlungen nicht der Fall, sondern die Lohnfindung wird weiterhin von der raschen Anpassung an die in Westdeutschland gezahlten Entgelte bestimmt.

Eine solche Lohnpolitik hat zwei fatale Konsequenzen. Zum einen strahlen die Lohnabschlüsse für den öffentlichen Sektor auf die anderen Wirtschaftsbereiche aus. Zum anderen ist die Haushaltslage bei den Gebietskörperschaften in den neuen Bundesländern stark angespannt — zum Teil auch deshalb, weil die Kommunen immer noch über einen höheren Beschäftigtenbesatz verfügen als die westdeutschen Städte und Gemeinden.¹¹ Die Ausweitung der konsumtiven Ausgaben ging noch mehr zulasten des dringend notwendigen Ausbaus der Infrastruktur. Deshalb sollte die Lohnanpassung im öffentlichen Dienst ausgesetzt und erst dann wieder aufgenommen werden, wenn die übrigen Wirtschaftsbereiche nachgezogen haben. Ohne rasche Modernisierung der Infrastruktur werden die ostdeutschen Regionen im Standortwettbewerb nicht aufholen.

¹¹ Vgl. Stefan Bach und Dieter Vesper: Finanzpolitik und Wiedervereinigung — Bilanz nach 10 Jahren. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Jg. 67 (2000), Heft 2, S. 209.

Deutsche Sprachfähigkeit und Umgangssprache von Zuwanderern

In der Diskussion um die Neugestaltung der Einwanderungspolitik spielen auch die Sprachfähigkeiten der Zuwanderer in Deutschland¹ eine Rolle. Gute Kenntnisse und der Gebrauch der deutschen Sprache im Alltag werden zur Integration in die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland als notwendig angesehen. Folglich wird diskutiert, für Zuwanderer Sprachkurse einzurichten. Dabei wird oft übersehen, dass auch viele Zuwanderer, die bereits hier leben, über unzureichende Sprachkenntnisse verfügen. Auch deutschstämmige Aussiedler — und insbesondere deren Familienangehörige — beherrschen häufig die deutsche Sprache nicht gut. Das DIW Berlin legt hierzu auf der Grundlage seiner Erhebung „Sozio-oekonomisches Panel“ statistische Basisinformationen vor.

Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) ist eine seit 1984 vom DIW Berlin durchgeführte Wiederholungsbefragung, die speziell eine „Ausländerstichprobe“ und eine „Zuwandererstichprobe“ umfasst.² Insgesamt wurden im Jahre 1999 mehr als 14 000 Erwachsene (über 16 Jahre) befragt, darunter knapp 1 800 Ausländer und über 600 Aussiedler. Da der Fragebogen seit Beginn der Erhebungen in die fünf wichtigsten „Gastarbeitersprachen“ übersetzt wird, können auch Personen befragt werden, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind.³ Aussiedler, die nicht selbst Deutsch sprechen, leben meist in einem Deutsch sprechenden Aussiedlerhaushalt, sodass hier der SOEP-Interviewer durch ein Haushaltsmitglied unterstützt werden kann. Gleichwohl dürften Zuwanderer, die sehr schlechte deutsche Sprachkenntnisse haben, im SOEP tendenziell unterrepräsentiert sein, insbesondere solche, die nicht aus den ursprünglichen Anwerbeländern für „Gastarbeiter“ kommen oder Aussiedler sind.⁴

Die im SOEP erfassten Sprachfähigkeiten beruhen nicht auf normierten Tests,⁵ sondern auf den Selbsteinschätzungen der Teilnehmer. Gefragt wird nach „Deutsch sprechen“ und „Deutsch schreiben“⁶ sowie nach der im Alltag überwiegend genutzten Sprache.⁷ Diese Fragen werden allen Ausländern und Aussiedlern — unabhängig vom Geburtsland — gestellt.⁸ Im Folgenden wird diese Gruppe aus Vereinfachungsgründen als „Zuwanderer“ bezeichnet, obwohl auch in Deutschland geborene Personen enthalten sind, z. B. die so genannte „zweite und dritte Generation“ aus den mediterranen Anwerbeländern.

Empirische Ergebnisse

Etwa ein Drittel der über 8 Millionen 16-jährigen und älteren Zuwanderer gibt an, nicht gut Deutsch zu sprechen; hinsichtlich des Schreibens hält sich die Hälfte nicht für gut (Tabelle 1). Von den ausländischen Zuwanderern sprechen rund 40 % nicht gut Deutsch, unter den deutschstämmigen Aussiedlern ist es immerhin ein Viertel.

Angesichts des hohen Anteils der Zuwanderer mit unzureichenden Deutschkenntnissen überrascht es nicht,

dass nur 34 % Ausländer und nur 62 % der Aussiedler im Alltag überwiegend Deutsch sprechen.

Den höchsten Anteil der überwiegend Deutsch Sprechenden findet man bei den 61-jährigen und älteren Aussiedlern, bei denen in der Stichprobe niemand die Sprache des Herkunftslandes als Umgangssprache nennt (Tabelle 2). Vergleichsweise wenig wird Deutsch als Alltagssprache von den Aussiedlern der mittleren Jahrgänge genannt. Offensichtlich wurde in dieser Altersgruppe in der Sowjetunion bereits nicht mehr überwiegend

¹ Vgl. zusammenfassend z.B. Don DeVoretz, Holger Hinte und Christiane Werner: Keine Integration ohne Sprachkenntnisse? Zuwanderung und Spracherwerb in Deutschland und Kanada, IZA Diskussionspapier, Bonn 2001.

² Vgl. SOEP-Gruppe 2001: The German Socio-Economic Panel (GSOEP) after more than 15 years — Overview. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Jg. 70 (2001), Heft 1, S. 7–14; sowie speziell Jürgen Schupp und Gert Wagner: Die Zuwanderer-Stichprobe des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP). In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Jg. 64 (1995), Heft 1, S. 17–26, und Joachim Frick und Gert Wagner (1997): Zuwanderer in Westdeutschland. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 1997 — Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung, S. 565–578.

³ Diese ausländischen Sprachfassungen des SOEP-Fragebogens beziehen sich auf die Herkunftsländer der zum Zeitpunkt der Stichprobenziehung 1984 größten Ausländerpopulationen in Deutschland: Italien, Griechenland, Spanien, (ehemaliges) Jugoslawien und Türkei. Hinzu kommt eine englische Fassung, die im hier diskutierten Zusammenhang aber nur eine marginale Rolle spielt.

⁴ Nicht erfasst werden auch Haushalte von illegalen Zuwanderern.

⁵ Die Interviewer werden auch nicht um eine Einschätzung der Befragten gebeten.

⁶ Die Frage lautet: „Wie gut können Sie nach Ihrer eigenen Einschätzung Deutsch sprechen/schreiben?“ Antwortmöglichkeiten sind: „sehr gut“, „gut“, „es geht“, „eher schlecht“ und „gar nicht“.

⁷ Die Frage lautet: „Sprechen Sie hier in Deutschland a) überwiegend Deutsch, b) überwiegend die Sprache Ihres Herkunftslandes oder c) teils-teils?“

⁸ Die Gruppe der Aussiedler umfasst nur seit 1984 immigrierte Personen; zuvor gekommene Aussiedler und andere deutsche Remigranten sind in der Stichprobe nur in wenigen Fällen vertreten. Sie werden den Einheimischen zugerechnet, die nicht nach ihrem Sprachverhalten befragt werden.

Tabelle 1

Deutsche Sprachfähigkeiten von 16-jährigen und älteren Zuwanderern im Jahre 1999
Selbsteinschätzung, Anteile in %

	Aussiedler		Ausländer ¹⁾		Insgesamt	
	Sprechen	Schreiben	Sprechen	Schreiben	Sprechen	Schreiben
Sehr gut / gut	76	61	65	49	68	51
Es geht	23	29	23	19	23	21
Eher schlecht / gar nicht	1	10	12	32	9	28
¹⁾ Einschließlich der 2. und 3. Generation. Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW.						

Tabelle 2

Umgangssprache von Zuwanderern in Deutschland nach Altersgruppen im Jahre 1999
Selbsteinschätzung, Anteile in %

	16 bis 20 Jahre	21 bis 30 Jahre	31 bis 40 Jahre	41 bis 50 Jahre	51 bis 60 Jahre	61 Jahre und älter	Insgesamt
Aussiedler							
Überwiegend Deutsch	70	59	56	55	63	83	62
Teils / teils	28	32	41	31	31	17	31
Überwiegend Heimatsprache	2	10	3	14	7	—	7
Ausländer ¹⁾							
Überwiegend Deutsch	48	36	40	33	23	32	34
Teils / teils	29	46	43	32	34	22	36
Überwiegend Heimatsprache	23	19	16	35	43	45	30
¹⁾ Einschließlich der 2. und 3. Generation. Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW.							

Deutsch gesprochen; zudem sind hier häufig auch Ehegatten und Familienangehörige enthalten, die selbst nicht den Kriterien der Aussiedler-Bestimmungen entsprechen mussten. Diese mittleren Alterskohorten der Aussiedler (31- bis 50-Jährige), die noch rund 30 bis 40 Jahre in Deutschland leben werden, sind wohl auf besonderes Sprachtraining angewiesen, wenn man ihre Deutschkenntnisse entscheidend verbessern will.⁹

Unter den ausländischen Zuwanderern (unterer Block von Tabelle 2) sprechen auch die jungen Erwachsenen (bis 40 Jahre) zu etwa einem Fünftel im Alltag überwiegend die Sprache des Herkunftslandes; bei Älteren (über 50 Jahre) sind dies noch rund 45 %. Entsprechend ist der Anteil der überwiegend Deutsch Sprechenden bei den jungen Leuten mit ausländischem Pass deutlich höher als bei älteren Immigranten (je nach Altersgruppe von 36 % bis 48 %).

Eigentlich ist zu erwarten, dass Zuwanderer, die auf Dauer im Deutschland bleiben wollen, sich gute Sprachkenntnisse aneignen. Umso bemerkenswerter ist, dass die

sprachliche Integration unter den türkischen Zuwanderern, die zu 70 % angeben, dauerhaft in Deutschland bleiben zu wollen, gering ist. Nur 20 % der türkischen Zuwanderer sprechen im Alltag überwiegend Deutsch (Tabelle 3).

Die gute Beherrschung der deutschen Sprache ist nicht nur für das Zusammenleben von Einheimischen und Zuwanderern, sondern auch für den beruflichen Erfolg der Zuwanderer wichtig. Allerdings muss man beachten, dass Sprachkenntnisse am Arbeitsmarkt im Allgemeinen nicht honoriert werden, wenn sie nicht mit einer guten beruflichen Qualifikation verbunden sind.¹⁰

⁹ In der Stichprobe sind die Aussiedler noch nicht enthalten, die in jüngster Zeit Sprachtests bestehen mussten, bevor sie nach Deutschland kommen konnten.

¹⁰ Vgl. — ebenfalls auf Basis der SOEP-Daten — Christoph Schmidt: Immigrant Performance in Germany. In: Quarterly Review of Economics and Finance, Bd. 37, 1997, S. 379–397, sowie Don DeVoretz et al., a. a. O., S. 62 ff.

Tabelle 3

**Deutsche Sprachfähigkeit und Umgangssprache von
16-jährigen und älteren Ausländern¹⁾ nach Nationalität
im Jahre 1999**

Selbsteinschätzung, Anteile in %

	Türkei	Ehem. Jugo- slawien	EU
Deutsch sprechen			
Sehr gut / gut	56	71	70
Es geht	25	19	23
Eher schlecht / gar nicht	18	10	7
Deutsch schreiben			
Sehr gut / gut	45	40	52
Es geht	18	26	16
Eher schlecht / gar nicht	38	34	32
Umgangssprache			
Überwiegend Deutsch	20	26	44
Teils / teils	41	42	34
Überwiegend Heimatsprache	39	32	22
Nachrichtlich: Absicht, für immer in Deutsch- land zu bleiben	70	49	62

¹⁾ Einschließlich der 2. und 3. Generation.
Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW.

Bei den 25- bis 55-Jährigen weist die einheimische deutsche Bevölkerung im Durchschnitt 12 Jahre Schul- und Hochschulausbildung auf.¹¹ Aussiedler unterscheiden sich davon mit 11,7 Jahren nur wenig, während Ausländer mit 10,5 Jahren über deutlich weniger „Bildungskapital“ verfü-

Tabelle 4

**Bildungsjahre, Erwerbsbeteiligung und
Erwerbseinkommen von 25- bis 55-jährigen Zuwanderern
in Deutschland im Jahre 1999**

	Einheim. Bevölke- rung	Aus- siedler	Aus- länder ¹⁾
Bildungsjahre (Schule u. Beruf) darunter:	12,1	11,7	10,5
mit (sehr) guten Deutsch- kenntnissen in Wort u. Schrift	—	11,9	11,6
Brutto-Erwerbseinkommen im Vorjahr (in DM) darunter:	41 888	32 649	30 161
mit (sehr) guten Deutsch- kenntnissen in Wort u. Schrift	—	34 989	39 621
Arbeitslos gemeldet im Befra- gungsmonat 1999 (in % aller 25- bis 55-Jährigen) darunter:	6,2	8,7	13,0
mit (sehr) guten Deutsch- kenntnissen in Wort u. Schrift	—	7,5	13,6

¹⁾ Einschließlich der 2. und 3. Generation.
Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW.

gen (Tabelle 4). Bei den Ausländern, die angeben, sehr gut bzw. gut Deutsch zu sprechen, ist mit 11,6 Bildungsjahren der Unterschied zu den Einheimischen erheblich geringer. Während die Brutto-Erwerbseinkommen (des Vorjahres) für die deutsche Referenzgruppe bei knapp 42 000 DM liegen, erreichen Zuwanderer lediglich 32 600 DM (Aussiedler) bzw. 30 200 (Ausländer). Diese Werte fallen bei Zuwanderern mit (sehr) guter Kenntnis der deutschen Sprache mit 35 000 DM bzw. 39 600 DM weit höher aus.

Dass gute Deutschkenntnisse allein am Arbeitsmarkt nicht helfen, kann man an der Arbeitslosenquote erkennen. Einer Quote von gut 6 % bei einheimischen 25- bis 55-Jährigen stehen 9 % bei den Aussiedlern und sogar 13 % bei den Ausländern gegenüber. Die Quote für Ausländer mit guten Deutschkenntnissen ist jedoch nicht geringer, sondern sogar leicht höher.

Eine gute Integration in die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland trägt auch dazu bei, die schulische und berufliche Qualifikation der Kinder und Kindeskin- der von Zuwanderern zu verbessern. Insbesondere die Kin- der, die kurz nach der Einreise ihrer Eltern die Schule be- suchen, haben deutlich unterdurchschnittliche Bildungs- chancen¹² und leiden ein (Arbeits-)Leben lang daran. Bessere Sprachfähigkeiten der Eltern sind keine Garantie für bessere Bildungschancen der Kinder, aber vieles spricht dafür, dass gute Deutschkenntnisse hilfreich sind.

Fazit

Die hohen Anteile der Zuwanderer, die nicht gut Deutsch sprechen oder schreiben und die Deutsch im All- tag nicht überwiegend sprechen, zeigen, dass die sprach- liche Integration von Zuwanderern keine Selbstverständ- lichkeit ist. Am Arbeitsmarkt helfen gute Deutschkenntnis- se allein allerdings nicht weiter, sondern es muss eine gute berufliche Qualifikation hinzukommen. Wenn man die Sprachfähigkeiten von Zuwanderern grundlegend ver- bessern will, darf man sich nicht auf die künftigen Zuwan- derer beschränken.¹³ Die Zahlen des SOEP zeigen, dass auch die sprachliche Integration der bereits in Deutsch- land lebenden Zuwanderer — wie von der Bundesregie- rung geplant — einer Unterstützung bedarf. Dies trifft nicht nur für Ausländer, sondern auch für Aussiedler, vor allem im mittleren Altersbereich, zu.

¹¹ Diese Maßzahl wird anhand der Jahre berechnet, die man für das Erreichen eines Abschlusses benötigt. Wiederholungen von Schulklassen oder ein langes Studium werden nicht als positive Jahre einbezogen.

¹² Joachim R. Frick und Gert G. Wagner: Economic and Social Perspectives of Immigrant Children in Germany, IZA Discussion paper No. 301, Bonn 2001.

¹³ Für hoch qualifizierte Zuwanderer ist es gar nicht notwendig, dass sie bereits bei der Einreise gut Deutsch sprechen.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Beiträge zur Strukturforchung

Erscheinen seit 1967.

- Heft 172 **Situation und Perspektiven der deutschen Raumfahrtindustrie — Eine ordnungspolitische Analyse.** Von Bernhard Wieland, Talat Mahmood und Lars-Hendrick Röller, Projektleitung: Kurt Hornschild. 210 S. 1998. (3-428-09440-9). DM 142,— / öS 1.037,— / sFr 126,50.
- Heft 173 **Auswertung von Statistiken über die Vermögensverteilung in Deutschland.** Von Klaus-Dietrich Bedau. 127 S. 1998. (3-428-09481-6). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.
- Heft 174 **Effizienz von Maßnahmen zur Verbrauchseinschränkung bei Mineralölversorgungsstörungen.** Von Rainer Hopf, Jutta Kloas, Heilwig Rieke, Martin Schmied und Franz Wittke (DIW); Klaus Lindner und Dieter Merten (IE). 239 S. 1998. (3-428-09482-4). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 175 **Wirkung und Wirksamkeit der EU-Binnenmarktmaßnahmen — Evaluierung des Studienprogramms der Europäischen Kommission.** Von Christian Weise, Stefan Bach, Heike Link, Uta Möbius, Bernhard Seidel, Wolfgang Seufert und Harald Trabold. 173 S. 1998. (3-428-09579-0). DM 132,— / öS 964,— / sFr 117,50.
- Heft 176 **Zum Einfluß betrieblicher und sektoraler Differenzierung der Arbeitskosten und sonstiger Regelungen auf die Beschäftigung im Strukturwandel.** Von Bernd Görzig, Wolfgang Scheremet und Frank Stille. 315 S. 1998. (3-428-09580-4). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 158,—.
- Heft 177 **Zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Metallhütten in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS).** Von Peter Eggert, Ilse Häusser, Bernd-Michael Kruse, Jochen Parchmann, Sigheilm Thede und Eberhard Wettig. 341 S. 1998. (3-428-09682-7). DM 188,— / öS 1.372,— / sFr 167,50.
- Heft 178 **Die wirtschaftliche Bedeutung Berlins für den Verflechtungsraum Berlin-Brandenburg.** Von Alexander Eickelpasch und Ingo Pfeiffer. 158 S. 1998. (3-428-09745-9). DM 136,— / öS 993,— / sFr 121,—.
- Heft 179 **Deutschland im Strukturwandel — Strukturberichterstattung 1997.** Von Dietmar Edler, Bernd Görzig, Dieter Schumacher, Frank Stille (Koordination), Dieter Teichmann, Dieter Vesper und Rudolf Zwiener. 400 S. 1998. (3-428-09766-1). DM 212,— / öS 1.548,— / sFr 188,—.
- Heft 180 **Der deutsche Dienstleistungshandel im internationalen Vergleich.** Von Siegfried Schultz und Christian Weise unter Mitarbeit von Dietmar Schumacher. 151 S. 1999. (3-428-09845-5). DM 140,— / öS 1.022,— / sFr 124,—.
- Heft 181 **Der Dienstleistungssektor in Hamburg — Stand, Verflechtung, Qualifikation und Entwicklungschancen.** Von Martin Gornig, Peter Ring und Reiner Stäglin. 230 S. 1999. (3-428-09901-X). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 182 **Ökonomische Wirkungen der Städtebauförderung in Mecklenburg-Vorpommern.** Von Lorenz Blume (Universität Gh Kassel), Klaus-Peter Gaulke (DIW) und Josef Rother (GEFAK). Projektleitung: Rolf-Dieter Postlep (DIW). 108 S. 1999. (3-428-09915-X). DM 132,— / öS 964,— / sFr 117,50.
- Heft 183 **Unternehmensbezogene Dienstleistungen im Land Brandenburg — Strukturen, Defizite und Entwicklungsmöglichkeiten.** Von Kurt Geppert. 122 S. 1999. (3-428-09941-9). DM 132,— / öS 964,— / sFr 117,50.
- Heft 184 **Auswirkungen der weltweiten Konzentration in der Bergbauproduktion auf die Rohstoffversorgung der deutschen Wirtschaft.** Von Peter Eggert, Alfred Haid, Eberhard Wettig (DIW), Manfred Dahlheimer, Manfred Kruszona, Hermann Wagner (BGR). 398 S. 2000. (3-428-10273-8). DM 198,— / öS 1.145,— / sFr 176,—.
- Heft 185 **Kommunalfinanzen und kommunaler Finanzausgleich in Brandenburg.** Von Dieter Vesper. 164 S. 2000. (3-428-10274-6). DM 148,— / öS 964,— / sFr 131,—.
- Heft 186 **Aktuelle steuerliche Rahmenbedingungen für den privaten Mietwohnungsbau — Wirkungen und Alternativen.** Von Stefan Bach und Bernd Bartholmai. 127 S. 2000. (3-428-10382-3). DM 138,— / sFr 122,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin

Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200

DIW-Internet-Homepage: <http://www.diw-berlin.de>

Präsident: Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Gustav A. Horn, Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Ulrich Kamecke (kommissarisch), Prof. Dr. Hans-Georg Petersen (kommissarisch), Wolfram Schrettl, Ph. D., Dr. Bernhard Seidel, Prof. Dr. Gert G. Wagner, Dr. Hans-Joachim Ziesing

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Kurt Geppert, Jochen Schmidt, Dieter Teichmann

Löhne in Ostdeutschland — Anpassung an das westdeutsche Niveau erst auf lange Sicht möglich

Bearbeitet von Karl Brenke

Deutsche Sprachfähigkeit und Umgangssprache von Zuwanderern

Bearbeitet von Joachim R. Frick und Gert G. Wagner

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig

Druck: Druckerei Conrad GmbH, Oranienburger Str. 172, D-13437 Berlin

Bezugspreis für den Jahrgang DM 210,—, vierteljährlich DM 65,—, Einzelnummer DM 15,—

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304

	Arbeitslose		Offene Stellen		Auftragseingang (Volumen) ²⁾													
					Verarbeitendes Gewerbe						Vorleistungsgüter- produzenten		Investitionsgüter- produzenten		Gebrauchsgüter- produzenten		Verbrauchsgüter- produzenten	
	in 1000				1995 = 100													
	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.
1999 J	4 114		443		108,8		101,3		122,4		109,8		109,1		112,4		96,1	
F	4 110	4 112	447	444	107,5	108,1	99,2	100,3	122,7	122,0	107,4	109,0	109,8	108,5	109,8	111,3	94,1	94,9
M	4 091		452		107,8		100,6		120,8		109,8		106,7		111,6		94,6	
A	4 094		450		110,5		101,4		126,8		111,4		111,2		112,9		97,4	
M	4 110	4 101	446	449	108,1	109,9	99,3	101,1	123,9	125,9	108,7	110,6	109,0	111,0	111,4	113,7	94,2	94,5
J	4 109		447		111,2		102,5		126,9		111,7		112,9		116,8		91,9	
J	4 102		453		112,7		102,6		130,8		114,8		113,0		114,1		95,1	
A	4 098	4 101	458	456	116,3	115,0	104,8	103,9	136,9	134,9	115,8	115,7	120,5	117,6	119,6	117,1	94,7	94,4
S	4 097		465		115,9		104,2		137,0		116,4		119,3		117,5		93,5	
O	4 086		473		116,9		106,6		135,5		118,2		119,3		118,1		94,8	
N	4 056	4 065	480	476	119,0	117,5	106,9	106,3	140,8	137,6	120,6	119,3	121,4	119,4	118,5	118,3	97,4	94,9
D	4 008		487		116,6		105,5		136,4		119,2		117,3		118,4		92,6	
2000 J	3 984		487		118,4		105,7		141,5		118,7		123,4		117,9		92,5	
F	3 957	3 974	491	489	122,4	121,6	109,3	107,7	146,0	146,6	123,5	121,9	126,4	127,0	123,5	121,5	94,2	93,3
M	3 954		493		123,9		108,0		152,4		123,3		131,2		122,9		93,1	
A	3 936		503		124,2		110,1		149,5		123,6		131,6		123,8		91,5	
M	3 898	3 918	515	508	127,8	126,4	112,5	111,1	155,3	153,7	128,2	126,1	134,0	133,7	127,2	124,8	95,0	94,1
J	3 886		519		127,1		110,8		156,4		126,3		135,5		123,5		95,9	
J	3 868		524		126,4		110,3		155,4		124,7		135,0		127,5		94,2	
A	3 845	3 856	526	525	125,2	126,0	109,6	110,0	153,4	154,8	125,9	125,7	130,6	132,3	124,5	126,7	95,0	95,3
S	3 824		531		126,3		110,0		155,6		126,6		131,3		128,2		96,8	
O	3 802		533		128,7		109,9		162,3		126,6		137,8		129,2		96,0	
N	3 794	3 800	534	533	128,5	130,2	110,7	111,6	160,6	163,9	125,0	126,6	139,5	141,7	131,1	131,4	93,5	96,3
D	3 784		535		133,6		114,1		168,7		128,1		147,7		133,9		99,5	
2001 J	3 794		533		128,9		111,6		156,9		126,8		136,4		134,3		97,4	
F	3 799	3 796	536	535	126,9	127,0	110,2	110,9	157,0	156,0	124,5	124,5	134,2	134,6	133,1	133,0	96,6	96,9
M	3 807		535		125,2		110,9		151,0		122,3		133,1		131,5		96,6	
A	3 810		525		123,5		108,1		151,1		122,2		127,8		131,5		99,5	
M	3 825		512															
J																		
J																		
A																		
S																		
O																		
N																		
D																		

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, dass sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davor liegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet. — ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Statistisches Bundesamt.

	Beschäftigte im Bergbau und im verarbeitenden Gewerbe		Produktion ²⁾										Umsätze des Einzelhandels		Außenhandel (Spezialhandel) ²⁾			
			Verarbeitendes Gewerbe		Investitionsgüter- produzenten		Gebrauchsgüter- produzenten		Verbrauchsgüter- produzenten		Bauhaupt- gewerbe				Ausfuhr		Einfuhr	
	in 1000		1995 = 100										1995 = 100		Mrd. DM			
	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.
1999 J	6 407		109,9		111,5		110,6		101,5		89,0		100,2		78,7		66,8	
F	6 401	6 402	108,5	109,2	110,8	110,9	109,2	110,1	101,1	101,6	82,4	86,4	99,2	100,8	79,3	236,8	69,5	205,2
M	6 393		109,2		110,2		110,4		102,1		87,7		103,2		78,8		68,9	
A	6 372		111,3		113,6		113,6		101,5		89,8		99,4		80,9		70,1	
M	6 366	6 372	107,9	110,1	109,5	112,3	108,2	112,2	99,8	100,7	85,0	87,9	97,7	99,7	79,2	241,4	71,2	211,8
J	6 362		111,0		113,7		114,8		100,9		88,8		102,1		81,3		70,5	
J	6 356		110,9		113,2		109,8		101,7		87,7		101,8		83,2		72,1	
A	6 354	6 356	112,6	112,1	115,0	114,3	115,3	113,1	102,0	101,9	87,8	88,0	100,5	100,8	84,0	252,5	74,1	220,7
S	6 354		113,0		114,5		114,1		102,1		88,4		99,9		85,3		74,4	
O	6 353		113,4		116,1		114,3		102,7		88,3		101,8		83,4		73,7	
N	6 353	6 353	114,3	113,5	116,3	115,4	116,3	115,2	102,9	102,4	87,2	87,5	101,9	102,2	88,1	258,7	76,3	224,0
D	6 354		113,0		113,6		114,9		101,6		87,0		102,8		87,2		74,1	
2000 J	6 349		114,0		118,4		114,5		100,9		85,5		100,7		89,2		79,9	
F	6 352	6 352	116,7	115,7	120,5	120,2	118,9	117,1	102,3	101,7	90,9	87,4	104,9	102,1	90,4	273,4	78,9	243,0
M	6 355		116,6		121,6		118,0		101,9		85,8		100,8		93,9		84,1	
A	6 370		116,9		121,8		117,5		103,3		84,1		103,5		92,3		82,6	
M	6 375	6 370	121,1	118,8	127,0	124,2	125,7	120,3	104,9	104,2	88,9	85,3	107,4	104,2	96,7	285,9	86,4	256,0
J	6 376		118,6		123,7		117,7		104,4		82,7		101,9		96,9		87,0	
J	6 380		119,7		124,6		123,9		103,8		83,1		100,8		96,5		87,8	
A	6 383	6 380	119,7	120,1	126,2	126,9	121,1	122,3	104,0	104,0	84,5	83,1	105,5	103,8	97,9	293,8	88,6	267,6
S	6 381		120,9		130,0		122,0		104,1		81,7		105,0		99,5		91,2	
O	6 388		121,3		128,0		123,4		104,5		81,5		102,2		106,6		95,5	
N	6 394	6 390	121,8	122,8	130,0	131,2	124,9	125,2	103,9	104,7	83,4	83,3	103,9	102,7	102,5	314,3	96,0	290,1
D	6 398		125,4		135,6		127,4		105,7		85,0		102,0		105,2		98,7	
2001 J	6 412		123,7		132,6		130,7		105,2		79,2		105,8		104,1		92,2	
F	6 415	6 411	123,3	123,4	132,0	132,4	127,1	128,9	105,5	105,2	78,7	77,4	101,2	103,3	105,4	313,5	94,6	276,5
M	6 415		123,3		132,6		129,1		104,8		74,3		103,0		103,9		89,7	
A			121,7		130,0		126,7		104,7		73,0							
M																		
J																		
J																		
A																		
S																		
O																		
N																		
D																		

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, dass sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davor liegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet. — ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Statistisches Bundesamt.